

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 22. Mai 1985

am Donnerstag, dem 23. Mai 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	24	Ranker (SPD)	8, 9
Austermann (CDU/CSU)	25, 26	Rapp (Göppingen) (SPD)	56, 57
Dr. von Bülow (SPD)	44, 90	Reimann (SPD)	5, 54
Catenhusen (SPD)	39	Roth (SPD)	29, 30
Eigen (CDU/CSU)	20, 21	Schanz (SPD)	75, 76
Fischer (Homburg) (SPD)	37, 38	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	82
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	45, 46	Schily (DIE GRÜNEN)	62, 83
Grünbeck (FDP)	55	Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	65, 77
Grunenberg (SPD)	42, 43	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	14, 15
Hettling (SPD)	58, 59	Frau Seiler-Albring (FDP)	52, 53
Dr. Hupka (CDU/CSU)	91, 92	Dr. Sperling (SPD)	10, 11
Dr. Jens (SPD)	35, 69	Stahl (Kempen) (SPD)	33, 34
Jungmann (SPD)	27, 28	Steiner (SPD)	1, 2
Kastning (SPD)	71	Frau Steinhauer (SPD)	47, 48
Kirschner (SPD)	18, 19	Stiegler (SPD)	22, 66
Dr. Kübler (SPD)	23, 36	Stockhausen (CDU/CSU)	86, 87
Kuhlwein (SPD)	72	Urbaniak (SPD)	67, 68
Dr. Lammert (CDU/CSU)	49, 50	Vahlberg (SPD)	40, 41
Frau Dr. Lepsius (SPD)	60, 61	Vogelsang (SPD)	70
Lutz (SPD)	80, 81	Volmer (DIE GRÜNEN)	78, 79
Meininghaus (SPD)	16, 17	Vosen (SPD)	31, 32
Menzel (SPD)	12, 13	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	73
Michels (CDU/CSU)	63, 64	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	51
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	6, 7	Würtz (SPD)	84, 85
Müntefering (SPD)	3, 4	Frau Zutt (SPD)	88, 89
Frau Odendahl (SPD)	74		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	13
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Steiner
(SPD)

Warum hat sich der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau bei den dem Deutschen Bundeswehrverband (DBwV) am 14. Februar 1984 zugesagten Untersuchungen und Prüfungen für eine Verbesserung der Wohnungsfürsorge für häufig versetzte Soldaten nur auf die von ihm vermuteten Lösungsvorschläge des DBwV beschränkt, ohne dabei die vom DBwV konkret erhobenen Forderungen und vorgeschlagenen Lösungen zu berücksichtigen, und warum wurde deshalb an der eigentlichen Zielsetzung des DBwV vorbei etwas untersucht, was nicht dem eigentlichen Anliegen des Verbandes entspricht?
2. Abgeordneter
Steiner
(SPD)

Hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau bei seinen Überlegungen, für häufig versetzte Soldaten und ihre Familien eine bessere Wohnungsfürsorge als bisher zu erreichen, berücksichtigt, daß diese Soldatenfamilien bei einem sich ständig verringernenden Bestand an Bundesdarlehenswohnungen kaum eine Chance haben, in einem angemessenen zeitlichen Abstand zu einer Versetzung eine ihren Wohnbedürfnissen entsprechende Wohnung zugewiesen zu bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Wie hoch ist der für Umweltschutz notwendige Investitionsbedarf für Wasserschutz und Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft und Lärmschutz in groben Schätzungen, und welcher Anteil davon würde Aufträgen für die Bauwirtschaft zugute kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

4. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Auf welche Summen beziffern die Kommunen und die Spitzenverbände die in den Jahren seit 1980 unterlassenen kommunalen Investitionen, und wie hoch müßten folglich die für Investitionen bereitzustellenden Haushaltsmittel der kommunalen öffentlichen Hand bis 1990 sein, wenn die Ausfälle der Vergangenheit nachgeholt werden sollen?
5. Abgeordneter
Reimann
(SPD)

Auf welche Gesamtsumme beliefen sich die Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich – von 1983 bis 1985 –, und wieviel DM insgesamt werden davon im Rahmen der Steuerreform sowie des geplanten Bundeskindergeldgesetzes an Betroffene zurückgegeben?

6. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Warum sind vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bis heute keine Genehmigungen für eine private Absicherung der Pflegebedürftigkeit erteilt worden, obwohl dem Bundesaufsichtsamt die vom Verband der privaten Krankenversicherung ausgearbeiteten Musterbedingungen sowie die konkreten Tarife einer Reihe von Krankenversicherungsunternehmen dem Vernehmen nach bereits seit längerem vorliegen?
7. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Genehmigung der ersten privaten Pflegekostenversicherungen durch das Bundesaufsichtsamt zu rechnen, und wann werden voraussichtlich die ersten Versicherungen auf den Markt kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

8. Abgeordneter
Ranker
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen Kapazitätsabbau der Bauwirtschaft, und befürchtet sie einen Mangel an Baukapazität angesichts des künftigen Bedarfs für Gebäudemodernisierung, verkehrsberuhigenden Stadtumbau und Umweltschutz?
9. Abgeordneter
Ranker
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung einen bauwirtschaftspolitischen Handlungsbedarf gegebenenfalls durch ein mittel- oder langfristiges Zinslastenleichterungsprogramm „Bauen und Umwelt“?
10. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Auf welche Milliardensumme belief sich der – auch für die Bauwirtschaft bedeutsame – Investitionsstau, der durch die Wende 1982 aufgelöst werden sollte, und wie groß ist er heute?
11. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- In welchem Zeitraum wird dieser Investitionsstau aufgelöst sein oder sich ganz verflüchtigt haben?
12. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wie viele Beschäftigte hatte die Bauwirtschaft in den Jahren seit 1980 jeweils im Jahresdurchschnitt und in den ersten Monaten, und was sind die Ergebnisse und Aussichten für 1985?
13. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wie groß waren Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Arbeitskräfteabbau in der Bauwirtschaft in den Jahren seit 1980, und welche Zahlen erwartet die Bundesregierung für 1985?
14. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Wie hoch war die Zahl der Konkurse in der Bauwirtschaft in den Jahren 1980 bis 1984 je Jahr insgesamt, und wie viele Konkurse in der Bauwirtschaft gab es jeweils in den Monaten Januar, Februar, März, April in diesen Jahren und im gleichen Zeitraum 1985?

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Wie entwickelte sich die Auftragsreichweite in der Bauwirtschaft in den Jahren seit 1980 im Jahresverlauf, insbesondere im ersten Vierteljahr, und welche Entwicklung der Auftragsreichweite wird für das Jahr 1985 seitens der Bundesregierung erwartet? |
| 16. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) | Welches Auftragsvolumen erhielt die Bauwirtschaft in den Jahren seit 1980 durch öffentliche Auftraggeber des Bundes? |
| 17. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) | Welche Entwicklung des Auftragsvolumens für die Bauwirtschaft seitens öffentlicher Auftraggeber ist auf Grund der jetzt geltenden mittelfristigen Finanzplanung vom Bund in den nächsten Jahren zu erwarten? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|---|--|
| 18. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie hoch lag nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl der Tierversuche im Jahr 1984, und in welcher Höhe sind diese Versuche durch öffentliche Mittel finanziell bezuschußt worden? |
| 19. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie hoch war im Vergleichszeitraum der Einsatz öffentlicher Finanzmittel für alternative Forschung (Forschung nach Ersatz für Tierversuche)? |
| 20. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den katastrophalen Preiszusammenbruch bei Sauerkirschenkonserven zu beenden, der für das Erntejahr 1985 schon die Voraussetzung schafft, daß die Kirschenerzeuger ein weiteres schlechtes Jahr zu erwarten haben? |
| 21. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung die Einhaltung der Mindestpreisvereinbarung für Sauerkirschenkonserven zwischen dem deutschen und jugoslawischen Landwirtschaftsminister durchsetzen, nachdem die Mindestpreise in letzter Zeit von jugoslawischen Exporteuren um bis zu 47 v. H. unterlaufen wurden? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|---|
| 22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Wird die Bundesregierung durch ihre Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Bundesanstalt für Arbeit dafür eintreten, einen Nachtragshaushalt zur Aufstockung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu beschließen, und wie steht der Bundesminister der Finanzen zu solchen Initiativen? |
|--|---|

23. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wieviel Laser, die zivil und wieviel Laser, die militärisch entwickelt wurden, werden derzeit nach der Kenntnis der Bundesregierung in der deutschen medizinischen Forschung, Diagnose und Therapie eingesetzt?
24. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Kann die Bundesregierung begründen, warum sie trotz der von ihr hervorgehobenen Bedeutung, die der beruflichen Fortbildung für die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer zukommt, und trotz der mit dem Schlußkommunique zum Weltwirtschaftsgipfel von ihr abgegebenen Erklärung, diese Anpassungsfähigkeit fördern zu wollen, nicht bereit ist, endlich die vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit bereits Ende letzten Jahres gegebenen Anregung aufzugreifen und das AFG dahin gehend zu ändern, daß zukünftig einmal grundsätzlich alle Arbeitslosengeld- bzw. Hilfeempfänger für die Zeit ihrer Teilnahme an einer notwendigen beruflichen Bildungsmaßnahme einen Unterhaltsgeldanspruch haben und zum anderen Unterhaltsgelddarlehen nicht als Kann-, sondern als Pflichtleistung zu gewähren ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

25. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Gab es vor oder nach dem Fehlschuß von der Erprobungsstelle in Elpersbüttel am 26. März 1985 nach den Erkenntnissen der Bundesregierung weitere, bisher nicht bekanntgewordene Schüsse, die außerhalb des Sicherheitsbereiches im Watt (z. B. in der Nähe von Tertius und von der Insel Trischen) niedergegangen sind und zu nachfolgenden Aktivitäten mit Hubschraubern von der Erprobungsstelle der Bundeswehr ausgeführt haben?
26. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Ist das Gebiet um Blauort (Watt vor Büsum) seit Beginn der Munitionserprobung jemals Ziel für Munitionserprobungen gewesen?
27. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Bundeswehr-Munitionsdepot Jardelund eine Kürzung der Mannschaftsstärke der Depot-Feuerwehr beschlossen wurde, und ist der Bundesregierung bekannt, daß es die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Jardelund-Böxlund – einem Bericht des Flensburger Tageblattes vom 22. Januar 1985 zufolge – unter diesen Umständen übereinstimmend abgelehnt haben, im Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Falle eines Brandes im Munitionsdepot Jardelund eingesetzt zu werden?
28. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Auf Grundlage welcher Rechtsvorschriften ist im Bundesgebiet grundsätzlich der Brandschutz in militärischen Sicherheitsbereichen, in denen Explosions- oder leicht entflammbare Stoffe gela-

gert sind, gewährleistet, und wie ist in diesem Zusammenhang bei der Brandbekämpfung die Zusammenarbeit mit der jeweiligen örtlichen Freiwilligen Feuerwehr oder Berufsfeuerwehr geregelt bzw. sichergestellt?

29. Abgeordneter
Roth
(SPD)

Hat die Bundesregierung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative zugesagt, und auf welcher Basis beruhte diese Zusage (Kabinettausschußbeschuß, Kabinettsbeschuß, Koalitionsvereinbarung)?

30. Abgeordneter
Roth
(SPD)

Welche Ressorts sind für welche Teilaspekte der Frage „Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika“ zuständig?

31. Abgeordneter
Vosen
(SPD)

Welche Rolle hat die Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika den Forschungsförderorganisationen, Forschungsorganisationen und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland zugedacht (namentlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und den Großforschungseinrichtungen)?

32. Abgeordneter
Vosen
(SPD)

Welches sind die technologiepolitischen Bedingungen und Kriterien, unter denen die Bundesregierung die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika vorsehen wird, und welche Form der Vereinbarung dieser Bedingungen und Kriterien zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung strebt die Bundesregierung an?

33. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktivitäten des Londoner Büros, in dem Beauftragte der US-Regierung auch für eine Beteiligung von deutschen Personen und Firmen an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika werben, und wie stellt sich die Bundesregierung insbesondere zu den Vertragsangeboten dieses Büros gegenüber deutschen Spitzenwissenschaftlern?

34. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Dokumente oder Spezifikationen der US-Regierung liegen der Bundesregierung zur Projektbeschreibung eines Forschungsprogramms zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika vor, und auf welchen Gebieten hat die US-Regierung die Bundesrepublik Deutschland eingeladen, sich mit finanziellen Aufwendungen zu beteiligen?
35. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Welche deutschen Firmen bzw. Firmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben bisher gegenüber der Bundesregierung bzw. gegenüber den Beauftragten der US-Regierung ihr Interesse an der Teilnahme an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika bekundet, und welche Themenfelder haben sie genannt?
36. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- In welchen Ressorts hat die Bundesregierung beauftragte bzw. zuständige Beamte für die Bearbeitung der Frage „Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika“ bestimmt oder sind ohne besondere Einsetzung tätig, und wer sind diese Beamten?
37. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister haben in der Zeit seit der „Star-War-Rede“ des US-Präsidenten im März 1983 Gespräche, Sondierungen, Verhandlungen oder ähnliches mit offiziellen US-Regierungsstellen über Aspekte, Einzelheiten und Konsequenzen der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika geführt, und welches sind die Ergebnisse?
38. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für den Zeitpunkt ihrer endgültigen offiziellen Entscheidung über die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die US-Regierung die 60-Tage-Frist für eine Beteiligung von interessierten Ländern nicht aufgehoben hat?
39. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung darüber, in die Vielzahl der nationalen und europäischen Forschungseinrichtungen eine europäische Beteiligung an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika zu integrieren, gibt es insbesondere Überlegungen, eine „European Research Concertation Activity (EURECA)“ ins Leben zu rufen?

40. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Welche wissenschaftlichen Analysen über einen durch militärische Forschung, insbesondere das Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika induzierten oder induzierbaren zivil-technologischen Innovationsschub liegen der Bundesregierung vor, und inwieweit wird durch sie die These eines „spin-off“ aus militärischer Forschung für zivile Zwecke gestützt?
41. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Auf welchen Technologiefeldern glaubt die Bundesregierung, daß Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland dem Stand vergleichbarer Aktivitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika überlegen ist?
42. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Mit welchem Mittel-Volumen rechnet die Bundesregierung als künftige Belastung des Bundeshaushalts, falls sich die Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika beteiligen sollte, und in welche Einzelpläne sollen gegebenenfalls die entsprechenden Mittel eingestellt werden?
43. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Welche Überlegungen gibt es in der Bundesregierung, den für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika gegebenenfalls notwendigen finanziellen Mehraufwand zu decken (Erhöhung des Ausgabevolumens oder Einsparung an anderen Stellen gegebenenfalls bei welchen zivilen Forschungsaufwendungen)?
44. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung, wie vom französischen Außenminister vorgeschlagen, an einer europäischen Technologieagentur beteiligen, die vergleichbare europäische zivile Forschungen und Entwicklungen auf dem für SDI maßgebenden technologischen Gebieten koordinieren soll?
45. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Welche militärischen Notwendigkeiten waren es im einzelnen, die die Bundeswehr veranlaßten, ausgerechnet am 8. Mai 1985 auf dem Truppenübungsplatz Bergen Manöver durchzuführen, die es erforderlich machten, die Zufahrt zum sowjetischen Kriegsgräberfriedhof in Oerbke zu sperren und eine Delegation des DGB-Kreises Soltau/Fallingb. die dort einen Kranz niederlegen wollte, durch militärisches Sperrgebiet zu eskortieren?
46. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Wie vereinbart es die Bundesregierung mit dem würdigen Ablauf einer Mahnfeier und Kranzniederlegung, wenn diese dem DGB-Kreis Soltau/Fallingb. zunächst verboten und nach endlicher Genehmigung in mehrfacher Weise behindert wurde?

47. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, im Bereich Siegen-Wittgenstein und Sauerland den störenden Fluglärm zu mindern und Gebäudeschäden sowie Gebäudezerstörungen (wie z. B. Kirchenbauten in Bayern) zu verhindern?
48. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Wie viele Gebäude wurden in der Bundesrepublik Deutschland durch militärische Tiefflüge bereits beschädigt oder zerstört, und wie hoch sind die Ausgleichszahlungen, die für geschädigte und zerstörte Gebäude bis heute bereits gezahlt wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

49. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die gegenwärtigen fachlichen, rechtlichen und politischen Regelungen des Instituts für Medizinische und Pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz für korrekturbedürftig, und hat sie bereits entsprechende Initiativen ergriffen?
50. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die spektakulären Ergebnisse der ärztlichen Vorprüfung (Physikum) an den deutschen Hochschulen im Frühjahr 1985, und strebt sie nachträgliche Korrekturen an, wie sie 1981 schon einmal stattgefunden haben?
51. Abgeordneter
**Dr. Weng
(Gerlingen)**
(FDP)
- Trifft es zu, daß sich der ehemalige Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Prof. Füllgraff, wieder für dieses Amt beworben hat?
52. Abgeordnete
**Frau
Seiler-Albring**
(FDP)
- Trifft es zu, daß der Kandidat für das Präsidentenamt des Bundesgesundheitsamtes als Veterinärmediziner Beraterverträge mit der Deutschen Lufthansa und Berliner Fleischwarenfabriken hat?
53. Abgeordnete
**Frau
Seiler-Albring**
(FDP)
- Trifft es zu, daß der Leiter der Personalabteilung im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit die Institutsleiter des Bundesgesundheitsamtes nach ihren Nebeneinkünften befragt hat und sich entsprechende Erklärungen unterschreiben ließ?
54. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Beispiele nennen, wie sich das geplante Bundeskindergeldgesetz – pro Jahr – auf Familien mit höherem, mittlerem und niedrigem Einkommen unter Berücksichtigung von abzugsfähigen Kinderfreibeträgen auswirken wird?

55. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in der Trinkwasseraufbereitungsverordnung die Grenzwerte für Phosphate und Silikate als Zusatzstoffe wesentlich zu reduzieren, und welchen Anlaß hierzu sieht sie?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

56. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn die Rechtsauffassung vertritt, von ihr veräußertes nicht mehr benötigtes Bahngelände unterliege nicht der Planungshoheit der Gemeinden, und welches ist dazu die Auffassung der Bundesregierung?
57. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf veräußertem Bahngelände in vielen Fällen neue Supermärkte sich ansiedeln, was dem Bestreben von Gemeinden zuwiderläuft, mit den Mitteln und Möglichkeiten der Bauleitplanung die Ortskerne wiederzubeleben und in dieser Zielsetzung das Entstehen neuer Supermärkte an der Peripherie zu verhindern?
58. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung – gemäß ihrer Antwort auf meine Fragen vom 19. April 1985 (Drucksache 10/3329) – die Ausgleichskassen der Partikulier-Genossenschaften unterstützt und damit bewußt in Kauf nimmt, daß mit den Festfrachtraten der Binnenschifffahrt im Seehafenhinterlandverkehr der deutschen Seehäfen der grenzüberschreitende Seehafenhinterlandverkehr zu den Rheinmündungshäfen Rotterdam und Antwerpen subventioniert wird?
59. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Wird durch diesen Sachverhalt die Bundesregierung nicht unglaublich, wenn sie einerseits permanent beteuert, die Wettbewerbsverzerrungen der deutschen Seehäfen im Seehafenhinterlandverkehr zu beseitigen und sie andererseits solche Subventionspraktiken zu Lasten der deutschen Seehäfen unterstützt?
60. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Hat das Gutachten der Universität Aachen die Untertunnelung der Stadt Gernsbach auf der B 462 als vordringlichen Bedarf ausgewiesen, nachdem die Kosten-Nutzen-Analyse der Wertscala (1 bis 6) den hohen Faktor 5.31 enthält, wenn nicht, mit welcher Begründung?
61. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Wird die Bundesregierung entsprechend der im Gutachten der Universität Aachen enthaltenen Kosten-Nutzen-Analyse der geplanten Ausbaumaßnahmen der B 462 bei Gaggenau mit einem Faktor von 2.7 im Verhältnis zu Gernsbach mit 5.31 die Untertunnelung von Gernsbach als vordringlichen Bedarf einstufen und erste Priorität vor allen anderen Ausbaumaßnahmen der B 462 einräumen?

62. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Deutsche Lufthansa AG den Beratervertrag mit dem ehemaligen FDP-Vorsitzenden im rheinland-pfälzischen Landtag, Herrn Scholl, auf Empfehlung oder durch Vermittlung von Bundeskanzler Dr. Kohl abgeschlossen (vgl. Drucksache 10/2826, Fragen 45 und 46)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

63. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Deutsche Bundespost bei ihrer technischen Ausrüstung mit Informations- und Kommunikationssystemen hauptsächlich von der Firma Siemens beliefert wird?
64. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien wird das Auswahlverfahren zwischen verschiedenen Firmen bei der Vergabe von Aufträgen zur technischen Ausrüstung der Deutschen Bundespost durchgeführt?
65. Abgeordnete
Frau Schmedt (Lengerich)
(SPD)
- Hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Dhaka Gespräche geführt über die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes?
66. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Nach welchem Zeitplan plant die Deutsche Bundespost die Anbindung Ostbayerns (Oberpostdirektion Regensburg) an das geplante integrierte schmalbandige digitalisierte Netz (ISDN), und in welcher Weise wird dabei das Zonenrandgebiet dem Gesetz entsprechend bevorzugt berücksichtigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

67. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Welche Forschungsvorhaben hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben, um den aufgetretenen Fällen von Bodenverseuchung wirksam entgegenwirken zu können?
68. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Welche Bundesländer, die Forschungsvorhaben zu dieser Problematik als Modellvorhaben in Auftrag gegeben haben, werden von der Bundesregierung unterstützt?
69. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wieviel optische Sensoren die zivil, und wieviel optische Sensoren, die militärisch entwickelt wurden, werden derzeit nach der Kenntnis der Bundesregierung in der diesbezüglichen physikalischen Forschung und in der industriellen Anwendung, insbesondere bei der Fertigung mittels Handhabungsautomaten, eingesetzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

70. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Wieviel Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz wird die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich (Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Bundeswehr etc.) in diesem Jahr anbieten, und wieviel Ausbildungsverträge wurden in dem gleichen Bereich im Jahr 1984 abgeschlossen?
71. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Wie hoch wird nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Jahr die Nachfrage nach und das Angebot an Ausbildungsplätzen sein?
72. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Frau Engelen-Kefer (Süddeutsche Zeitung vom 11. April 1985), die eine nochmalige Verschärfung der Situation auf dem Lehrstellenmarkt insbesondere für Mädchen und junge Frauen befürchtet?
73. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung für das Jahr 1985, damit alle ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden können?
74. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) Wie hat sich seit 1982 die Zahl der Altbewerber auf dem Ausbildungsstellenmarkt entwickelt, und worauf führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

75. Abgeordneter
Schanz
(SPD) Was bedeutet die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes für die in Bangla Desh aus Mitteln der deutschen finanziellen Zusammenarbeit errichteten Fernmeldefabrik?
76. Abgeordneter
Schanz
(SPD) Wird die Bundesregierung die Möglichkeiten des Politikdialoges nutzen, um in der internationalen Diskussion darauf hinzuweisen, daß die Finanzierung einer so teuren Technik, wie sie ein digitales Fernmeldevermittlungsnetz darstellt, für ein Land, das zu den ärmsten in der Welt gehört und dessen Menschen hungern müssen, nicht zu verantworten ist, um einen Wettlauf von potentiellen Lieferländern um einen entsprechenden Auftrag zu verhindern?
77. Abgeordnete
Frau
Schmedt
(Lengerich)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes in Bangla Desh unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten?

78. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Aus welchem Grund hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bislang noch keine Zustimmung zur Veröffentlichung eines Gutachtens erteilt, das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Titel „Bedingungen erfolgreicher Entwicklungspolitik der Länder der Dritten Welt“ angefertigt wurde und das dem Ministerium bereits seit mehreren Monaten vorliegt?

79. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, nach denen das Ministerium das Gutachten nur in Zusammenhang mit zwei weiteren Gutachten vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv und vom wissenschaftlichen Beirat der Öffentlichkeit vorlegen will, und wenn ja, wie kann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dieses Vorhaben, das eine Veröffentlichung noch bis zum Jahresende hinauszögern würde, mit der Tatsache vereinbaren, daß das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf aktuellen Erhebungen beruht und demgemäß der Wert seiner Aussagen vor allem in der Aktualität liegt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

80. Abgeordneter
Lutz
(SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung mit den Richtlinien des Bundesverfassungsgerichts über Möglichkeiten und Grenzen der Regierungspropaganda die Broschüre „Die Freiheit – Kern der deutschen Frage“, die die Vermutung aufwirft, daß der Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation zur Propagandapostille umformuliert werden soll?

81. Abgeordneter
Lutz
(SPD)

Kann die Bundesregierung den Verdacht ausräumen, daß durch diese regierungsamtliche Propagandabroschüre Steuergelder sinnentfremdet verwendet werden, und ist sie nicht auch der Meinung, daß die Worte des Bundeskanzlers soviel Gewicht haben müßten, daß sie ohne graphische zusätzliche Drapierung den Bürgern verdeutlicht werden können?

82. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)

Welches Ausmaß an Dreistigkeit mit revanchistischen und antisemitischen Untertönen im Verbandsorgan der schlesischen Landsmannschaft „Der Schlesier“ gegenüber Verfassungsorganen gedenkt die Bundesregierung noch hinzunehmen, bis der Bundeskanzler seinen Auftritt auf dem Schlesiertreffen am 16. Juni 1985 in Hannover wieder absagt?

83. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Hat Bundeskanzler Dr. Kohl, Herrn Scholl einen Beratervertrag mit der Firma Deutsche Anlagen Leasing (DAL) vermittelt bzw. der DAL empfohlen, einen Beratervertrag mit Herrn Scholl abzuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

84. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird der Bundesminister des Auswärtigen noch in diesem Jahr durchführen bzw. einleiten, um die durch Währungsdisparitäten entstandenen sozialen Probleme der Mitarbeiter in den deutschen Vertretungen im Ausland kurzfristig zu beheben?
85. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sieht der Bundesminister des Auswärtigen einen besonderen Handlungsbedarf gerade für die unteren Einkommensgruppen?
86. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der polnischen Hauptstadt Anfang April ein Ehrenmal für die polnischen Offiziere, die in Katyn ermordet wurden, errichtet wurde und in Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit die Deutschen als die Mörder auf diesem Denkmal benannt werden?
87. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, diese Geschichtsfälschung so stehen zu lassen, oder wird sie bei der polnischen Regierung vorstellig werden, um auf die tatsächlichen Verantwortlichen hinzuweisen, die für den Tod der Offiziere verantwortlich sind?
88. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Ist der Bundesregierung eine Meldung der AP aus London vom 8. Mai 1985 bekannt (abgedruckt in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Mai 1985), wonach die britische Premierministerin Margaret Thatcher die Herausgabe britischer Geheimakten über den ehemaligen KZ-Arzt Josef Mengele verweigert, und wie steht sie zu dieser Meldung?
89. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Welche Wege sieht die Bundesregierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und angesichts des begründeten Interesses der Bundesrepublik Deutschland an der Ergreifung Mengeles auf die britische Premierministerin einzuwirken, daß sie ihre Position möglicherweise revidiert?
90. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des BDI-Präsidenten, Dr. Langmann, wonach deutschen Unternehmen die Beteiligung an der strategischen Verteidigungsinitiative der USA nicht verwehrt werden könne, vor dem Hintergrund der eigenen Erklärung gegenüber der

Westeuropäischen Union, wonach sich die Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung oder Herstellung strategischer Waffen nicht beteiligen werde?

91. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den entgegen dem Bundesvertriebenengesetz von Dienststellen benutzten Begriff des Vertreibungsdruckes, wenn jetzt Aussiedler zu uns kommen?

92. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in die Menschenrechtskonferenz in Ottawa auch die Verweigerung von Interventionsnotizen für die von den Behörden der Volksrepublik Polen gewaltsam zurückgehaltenen Familienmitglieder der deutschen Aussiedler einbringen?

Bonn, den 17. Mai 1985